

Gläubiger Griechenland

Warum Athen weiterhelfen? Der hellenische Staat verfügt über genug Vermögen VON PAUL J. J. WELFENS

Griechenlands Staatsschuld wird sich im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von 141 Prozent im vergangenen Jahr auf rund 155 Prozent im Jahr 2014 erhöhen. Das klingt nach einer absehbaren Serie schlechter Nachrichten aus Athen, und durch diese werden neue Unruhen in der Euro-Zone geschürt werden. Was liegt daher näher als eine Schuldenrestrukturierung – könnte man denken? Also gebe man Griechenland zum Beispiel Sonderkredite, damit das Land seine derzeit nur noch zu rund 70 Prozent des Nennwerts gehandelten Anleihen günstig zurückkaufen kann; dann würde die Schuldenquote sinken und das Land könnte wieder an den Kapitalmarkt zurückkehren. In Griechenland würde wieder Ruhe Einzug halten, vorausgesetzt, dass man von 2013 an in alle Staatsanleihen von Ländern der Euro-Zone Klauseln einfügt, in deren Konsequenz auch Anleihen dieser Länder im Falle eines Staatskonkurses untergehen können.

Pläne wie dieser gefährden die Stabilität der EU – und sind daher klar zurückzuweisen. Die ganze Debatte über einen immer größeren Rettungsschirm sollte man schleunigst einstellen – gewirkt hat der Schirm schon bisher nicht, die hohen Zinsaufschläge sind nicht verschwunden. Die im Kanzleramt gehegten Pläne helfen nicht, die Probleme wirklich zu lösen und Vertrauen wiederherzustellen.

Länder der Europäischen Union haben traditionell, anders als Schwellen- oder Entwicklungsländer, ein Top-Rating, ihre Bonität gilt als hoch. In dieser

Tradition stellen ihre Staatsanleihen risikolose Vermögenswerte dar, die hochliquide, sprich leicht zu handeln sind. Nur dann kann man Staatsschulden teilweise als Nettovermögen in der Gesellschaft ansehen – die künftigen, auf die Gegenwart herabdiskontierten Zinszahlungen zur Bedienung der Staatsschuld sind wertmäßig geringer als der Marktwert der Anleihen. Der Euro-Zone ist daher anzuraten, als Ganzes, von Nord bis Süd, von West bis Ost, zu Top-Ratings zurückzukehren und zu diesem Zweck Schuldenquoten zu reduzieren.

Was aber soll mit Griechenland geschehen? Zunächst sehe man sich die neuen Zahlen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu diesem Land an: Diese zeigen, dass der griechische Staat Vermögen in Höhe von 85 Prozent des Bruttoinlandsproduktes 2010 aufweist – ohne staatliches Immobilienvermögen, für das nach Expertenschätzungen nochmals 87 bis 130 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzusetzen sind. Es ist ein Stück absurdes Theater, dass Griechenlands Regierung sich von der Euro-Ländern und dem IWF mit 110 Milliarden Euro retten lässt, einem Betrag, der etwa 45 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entspricht, statt sein hohes Bruttostaatsvermögen zu verkaufen respektive umfassende Privatisierungen zügig einzuleiten.

ZEIT, 10.2.2011, S. 33

Es wäre schon eine sonderbare griechische Tragödie, wenn das Land – obwohl Nettogläubiger – bald gar in Konkurs gehen sollte.

Im Übrigen bleibt natürlich der Befund, dass Griechenland seine Neuverschuldungspolitik radikal ändern muss – ein Land, das trotz vieler Boomjahre in der Dekade nach 1999 nicht ein einziges Mal einen Haushaltsüberschuss erzielt hat, verfolgt eine falsche, nicht nachhaltige Strategie. An dieser Stelle müsste die Reform des europäischen Stabilitätspaktes ansetzen: Sie müsste

Länder verpflichten, in Zeiten eines Wirtschaftsbooms jährlich Haushaltsüberschüsse von mindestens 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erzielen – und wer das nicht schafft, der müsste gleich einen Betrag in Höhe von 0,25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes als Strafzahlung abführen.

Das Griechenlandproblem zu lösen hilft der Euro-Zone allerdings nur wenig, wenn nicht zugleich auch in Irland aufgeräumt wird. In Dublin hat eine jahrelang untätige Bankenaufsicht gegen EU-Richtlinien verstoßen. Die Kommission sollte Irland daher vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen. Ein Club von Ländern und Politikern ohne Respekt vor dem gemeinsamen Recht kann kein Vertrauen gewinnen.

PAUL J. J. WELFENS



Foto: PR

ist Professor für makroökonomische Theorie und Politik an der Universität Wuppertal und Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen